

Staatssanierung

Ziel erreicht: Wettbewerbsfähigkeit des Staates zu Lasten der armen und mäßig begüterten Menschen verbessert

Lucas Zeise

Die 6,2 Milliarden Euro Überschuss im Bundeshaushalt des vergangenen Jahres lassen mich noch einigermaßen kalt. Aber es ärgert mich, dass diese Tatsache allgemein bejubelt wird. Noch mehr ärgert mich, dass die Kommentatoren auch noch recht haben, wenn sie schreiben, hier handele es sich um einen Erfolg der Bundesregierung und insbesondere deren Finanzminister Wolfgang Schäuble. Der Überschuss ist in der Tat beider Erfolg. Sie hatten das Ziel, den deutschen Staat noch wettbewerbsfähiger zu machen und zwar auf Kosten der Armen und mäßig Begüterten. Sie nennen es »Schuldenbremse«. Das ist ihnen gelungen.

Aber es kommt noch schlimmer. Die Presse jubelt nicht nur über diesen Erfolg. Nein, die Kommentatoren beginnen locker zu plaudern, was man alles mit den 6,2 Milliarden anfangen könnte. Beispielsweise wäre möglich, sie in die Sanierung von Schulen, in eine Offensive zum Wohnungsbau zu stecken. Aber, so die gespielt bedauernden Kommentare, der Staat habe ja keine Investitions- und Bauplaner mehr. Deshalb funktioniere das nicht. Das Bundesfinanzministerium (BMF) räumt ein, dass die Investitionen des deutschen Staates auch im internationalen Vergleich sehr gering sind. In einem Artikel aus dem Monatsbericht September 2016 des BMF heißt es aber unverändert, die Bundesregierung halte bei den Investitionen an ihrer Strategie fest, »die Rolle des privaten Sektors weiter zu stärken«. Wie wahr und aufrichtig.

Und wenn dann die Kommentatoren eine Reihe von Möglichkeiten durchdekliniert haben, was mit dem Geld alles anzufangen sei, wird noch einmal Schäuble mit dem genialen Einfall zitiert, sie einfach zur Verringerung der Schulden zu verwenden. Einschließlich der Renten- und Arbeitslosenkassen, die die Regierung nebenbei mitverwaltet, beträgt der Staatsüberschuss 2016 sogar insgesamt 19,2 Milliarden Euro.

Hier kurz zur Erinnerung die jüngste Geschichte der deutschen Staatsfinanzen in extremer Kurzfassung: Der erheblichen Senkung der Unternehmens- und Vermögensertragssteuern (für die Reichen) durch die Regierung Schröder folgte 2005 – zum Ausgleich – zu Beginn der großen Koalition die Mehrwertsteuererhöhung um drei Prozentpunkte (zu Lasten der Armen). Dann kam 2008 der Bankenkrach, der die Staatsschuld von etwa 60 auf 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts katapultierte. Zum Ausgleich wurde zur gleichen Zeit die Schuldenbremse erfunden, wurden die Ausgaben auf breiter Front reduziert und der »schlanke Staat« realisiert. Der bleibt auch vom Zuzug einer Million Menschen aus Kriegsgebieten unberührt, heilig und schlank. Kein Investitionsprogramm zur Integration, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Wohnungen darf da in die Quere kommen. So ist die Staatsschuld (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialkassen) heute »nur« noch 2,16 Billionen Euro schwer. Die Regierung betreibt die finanzielle Sanierung des Staates immer und überall auf Kosten der Bürger, die dadurch zu Bedürftigen und Schwachen werden. An der Stelle fühle ich einen akuten Würgeiz. Ich gebe ihm nur deshalb nicht nach, weil ich meinem Ärger in dieser Kolumne Luft machen kann.

Unser Autor ist Finanzjournalist und Publizist. Er leitet als Chefredakteur die Wochenzeitung *Unsere Zeit (UZ)* der DKP

<http://www.jungewelt.de/2017/01-14/049.php>